DIE ARGUMENTE DES INITIATIVKOMITEES

Die Gemeindeinitiative „für eine verkehrsfreie Hauptgasse“ ist

in Übereinstimmung mit dem Gemeindegesetz

Das Gemeindegesetz sieht in Gemeinden mit einem Generalrat die Möglichkeit der Gemeindeinitiative zur Einführung oder Änderung eines allgemeinverbindlichen Reglements explizit vor.

in Übereinstimmung mit dem Gemeindereglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes und Marktreglement

Dieses durch den Generalrat am 14. Juni 1995 angenommene Reglement betrifft Fragen der Nutzung des öffentlichen Grundes. Der neue Artikel ist eine Vorschrift generell-abstrakter Natur und fügt sich harmonisch in dieses Reglement ein. In den oft zitierten Fällen der Gemeindeinitiativen in Bulle („Fussgängerzone“) und Freiburg („Einbahnstrassen“) handelte es sich eben gerade nicht um generell-abstrakte Regeln, welche gegenüber jedermann Wirkung entfalten, sondern einzig um Anweisungen an den Gemeinderat, ohne Drittwirkung. Zudem betrafen diese Initiativen nicht bereits bestehende Reglemente.

in Übereinstimmung mit der Verkehrsplanung der Gemeinde

Die Forderung der Initiative fügt sich in die übergeordnete Verkehrsplanung der Gemeinde ein. Der aktuelle Verkehrsrichtplanentwurf sieht unabhängig von einem allfälligen neuen Parkhaus eine Begegnungszone in der Altstadt vor. Im Falle eines neuen Parkhauses östlich der Altstadt verlangt der Verkehrsrichtplan explizit die Prüfung einer weiteren Reduktion des Verkehrs in der Altstadt. Die Initiative stellt die bereits im Verkehrsrichtplanentwurf vorgesehenen Verkehrsberuhigungen für Ryf und Meylandstrasse in keiner Weise in Frage.

in Übereinstimmung mit der Gewaltenteilung

Die Gemeindeinitiative ermöglicht dem Gesetzgeber (Generalrat oder Stimmvolk), eine generell-abstrakte Regel (Vielzahl von Sachverhalten, Vielzahl von Personen) festzusetzen. Der Gemeinderat bleibt die ausführende Instanz, welche die ihr nötig erscheinenden Massnahmen ergreifen muss.

Genau gleich wie bei der Ausweitung der Blauen Zone (letzte Anpassung durch den Generalrat am 12. Dezember 2012) kann der Generalrat vorliegend über grundsätzliche Fragen betreffend die Nutzung des öffentlichen Grundes im Strassenbereich bestimmen.

Auch bleibt das Recht des Generalrates, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten vollumfänglich erhalten.

in Übereinstimmung mit der Strassengesetzgebung

Sollte der Gemeinderat der Ansicht sein, dass eine verkehrsfreie Hauptgasse nicht mehr Bestandteil des Gemeindestrassennetzes sein soll, kann er in eigener Kompetenz den Zweck der Strasse ändern. Eine Genehmigung durch den Kanton ist nicht notwendig. Allerdings kann die Hauptgasse nach Ansicht des Initiativkomitees durchaus Gemeindestrasse bleiben. Die Initiative verlangt keine Änderung des Status dieser Gemeindestrasse nach kantonalem Strassengesetz.

in Übereinstimmung mit der Praxis des Gemeinderates

Bereits heute erteilt der Gemeinderat Bewilligungen auf Flächen der öffentlichen Strassen oder Parkplätzen gestützt auf das Reglement über die Benutzung öffentlichen Grundes und Marktreglement für andere Zwecke als den Verkehr (westliche Kreuzgasse: öffentliche Gemeindestrasse ohne Verkehrsbeschränkung auf welcher Bestuhlung durch Restaurants bewilligt wird).

Auch wurden durch den Gemeinderat in der Vergangenheit auch schon Gemeindestrassen für den Durchgangsverkehr gesperrt (z. Bsp. Länggasse: Barriere).

in Übereinstimmung mit dem Willen eines grossen Teils der Bevölkerung

Über 1000 Personen haben mit ihrer Unterschrift die Idee einer verkehrsfreien Hauptgasse unterstützt (Initiative + Petition). Die Gemeindeinitiative ist mit den Unterschriften von 529 StimmbürgerInnen zustande gekommen. Der Generalrat hat eine Verantwortung gegenüber diesen BürgerInnen: ein Parlament sollte nur in eindeutigen Fällen darauf verzichten, eine Vorlage dem Stimmvolk zu unterbreiten (in dubio pro populo).

Aus all diesen Gründen empfiehlt das Initiativkomitee dem Generalrat Murten, die zustande gekommene Initiative „für eine verkehrsfreie Hauptgasse“ als GÜLTIG zu erklären.

Ausführliche Infos unter
www.verkehrsfreiehauptgasse.ch
Murten, 6. September 2013
Initiativkomitee "Verkehrsfreie Hauptgasse"